

Niederschrift

**über die 10. öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses
am Mittwoch, 08.03.2023 um 17:00 Uhr, im Bürgersaal des Bürgerhauses
(Mittelstraße 40 in 40721 Hilden)**

Anwesend waren:

stell. Vorsitz

Frau Annegret Gronemeyer Bündnis 90/Die Grünen für Herrn Wannhof

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 a) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Fabian Filatov	CDU	
Herr Christian Schimang	CDU	
Herr Tristan Zeitter	CDU	
Frau Kimberly Lynn Bauer	SPD	
Frau Cornelia Geißler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frau Sibylle Owsianowski	AfD	für Frau Niederquell
Herr Yannick Hoppe	FDP	

Stimmberechtigte Mitglieder gemäß § 4 Abs. 2 b) Satzung Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Siegfried Wagner	Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Anne Krüger-Harms	AWO
Frau Nadine Lichtenwimmer	Kinderschutzbund e. V.
Frau Malin Schmidt	SPE Mühle

Beratende Mitglieder gemäß § 4 Abs. 3 der Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport Hilden

Herr Michael Hirsch-Herda Hilden	Jugendamtselternbeirat
Herr Jens-Peter Kröger	Amtsgericht Langenfeld
Herr Jörg Koch	evangelischen Kirche
Ella Schmidt	Jugendparlament für Herrn Kenssi
Herr Oliver Kohl	Allianz für Hilden für Frau Richarz
Herr Ulrich Siedentop	BÜRGERAKTION
Frau Susanne von der Heiden	Kindertagespflegepersonen

Beiräte

Frau Sabine Anna Roth Behindertenbeirat

Von der Verwaltung

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner	Stadt Hilden
Frau Catharina Giesler	Stadt Hilden
Herr Andreas Kante	Stadt Hilden
Frau Wibke Paas	
Frau Barbara Pahlke	
Herr Dirk Schatte	Stadt Hilden
Frau Anja Voß	Stadt Hilden
Frau Stefanie Walder	Stadt Hilden

Tagesordnung:

Eröffnung der Sitzung

**Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Jugendhilfeausschuss
WP 20-25 SV III/042**

Änderungen zur Tagesordnung

Einwohnerfragestunde

- 1 Befangenheitserklärungen
- 2 Satzung des Amtes für Jugend, Schule und Sport - 3. Änderung
WP 20-25 SV III/037
- 3 Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung 2023 ff
WP 20-25 SV 40/176
- 4 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste
WP 20-25 SV 51/211
- 5 Sachstandsbericht für die Fachdienste im Sachgebiet Soziale Dienste
WP 20-25 SV 51/206
- 6 Sachstandsmitteilung Fachdienste Frühe Hilfen und Kinderschutz
WP 20-25 SV 51/208
- 7 Sachstandsbericht Stellwerk
WP 20-25 SV 51/209
- 8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen
- 9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen
WP 20-25 SV III/042

Eröffnung der Sitzung

Die stell. Vorsitzende, Frau Annegret Gronemeyer, eröffnete die Sitzung und begrüßte die anwesenden Mitglieder des Gremiums, die Vertreter der Presse und die erschienenen Zuhörerinnen und Zuhörer. Er stellte fest, dass die Unterlagen form- und fristgerecht zugegangen sind.

Bestellung einer stellvertretenden Schriftführung für den Jugendhilfeausschuss

Beschlussvorschlag:

Der Schul- und Sportausschuss bestellt für die Wahlperiode 2020 - 2025 Frau Catharina Giesler zur weiteren stellvertretenden Schriftführerin des Ausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

Frau Catharina Giesler wurde als stellvertretende Schriftführerin für den Jugendhilfeausschuss bestellt.

Änderungen zur Tagesordnung

Keine.

Die Vorsitzende Frau Gronemeyer erkundigte sich bei den Ausschussmitgliedern, ob die Unterlagen frist- und formgerecht übermittelt wurden.

Frau Ella Schmitt aus dem Jugendparlament stellte ihre Person vor. Mit 16 Jahren besucht sie die 10. Klasse des Bonhoeffer Gymnasiums und ist Teil des Sprecherteams des Jugendparlamentes. Dem Jugendparlament selbst gehören aktuell 16 Mädchen und 13 Jungen an. Folgende Schwerpunkte verfolgt das derzeitige Jupa: Soziale Projekte, AK Redaktion, kommunales Praktikum, Speed Debating.

Frau Nicole Patio wurde als neue Kollegin und Jugendhilfeplanerin im Bildungs- und Planungsbüro vorgestellt.

Einwohnerfragestunde

Seitens der anwesenden Bürger wurden keine Fragen gestellt.

1 Befangenheitserklärungen

Keine.

2 Satzung des Amtes für Jugend, Schule und Sport - 3. Änderung

WP 20-25 SV
III/037

Rm Kohl Allianz - für Hilden stellte die Frage, ob eine Fraktion von den Änderungen betroffen sei, welche nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten ist. Wenn nicht, warum müsse dann eine Änderung vorgenommen werden.

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner wies auf eine Unschärfe in Bezug auf die Vertretungsregelungen hin. Daher sei eine Satzungsänderung notwendig.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION teilte mit, dass die BA unter dieser Satzungsänderung fallen und somit die Aufstellung / Teilnahme am Ausschuss nicht möglich sein würde, falls bspw. keine Kinderbetreuung möglich sei.

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner erwähnte das Gleichheitsprinzip als Begründung für die Satzungsänderung.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION wies darauf hin, dass nach der Satzungsänderung keine Gleichheit mehr gegeben wäre. Außerdem stellte er die Frage, ob das Landesjugendamt an der Satzungsänderung beteiligt gewesen wäre, wie es in den vorherigen Jahren der Fall gewesen sei.

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner antwortete darauf, dass es keine Beteiligung des Landesjugendamtes gegeben hätte. Eine Stellungnahme könne ggf. nachgereicht werden.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION betonte die Wichtigkeit der Stellungnahme, da sie durchaus Entscheidungsrelevant sei.

Rm Cornelia Geißler - Bündnis 90/Die Grünen wies daraufhin, dass die Stellungnahme des Landesjugendamtes im Nachhinein hinzugefügt werden könne, da im JHA lediglich eine Vorberatung stattfinde.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION beantragte die Abstimmung zu vertagen.

Abstimmungsergebnis zum Vertagungsantrag:

Mehrheitlich abgelehnt

(9x Nein, 2x Ja, 1x Enthaltung)

Im Anschluss wurde die Vorlage der Satzungsänderung zur Abstimmung gegeben.

Beschlussvorschlag:

Nach Vorberatung im Jugendhilfeausschuss am 08.03.2023 sowie im Hauptausschuss am 22.03.2023 beschließt der Rat der Stadt Hilden folgende 3. Nachtragssatzung zur Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport (neu ab 10/2022: Amt für Jugend, Soziale Dienste und Integration sowie Amt für Schulen, Kinderbetreuung und Jugendförderung) der Stadt Hilden:

3. Nachtragssatzung zur Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport (neu ab 10/2022: Amt für Jugend, Soziale Dienste und Integration sowie Amt für Schulen, Kinderbetreuung und Jugendförderung) der Stadt Hilden

Aufgrund der §§ 7 Abs. 1 und 41 Abs. 1 Buchstabe f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in Verbindung mit § 3 Abs. 2 des 1. Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – AG KJHG vom 12.12.1990, der §§ 69 ff des Sozialgesetzbuches Aches Buch (SGB VIII) und des Gesetzes zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (KiBiz) vom 03.12.2019, in der jeweils zur Zeit gültigen Fassung, hat der Rat der Stadt Hilden in seiner Sitzung am 19.04.2023 folgende 3. Nachtragssatzung zur Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport der Stadt Hilden beschlossen:

§ 1

§ 4 Absatz 3 erhält folgende Fassung:

Beratende Mitglieder sind:

a) die/der Bürgermeister/in oder die/der Sozialdezernent/in als ihre/seine Vertretung;

- b) die Leiterin/ der Leiter der Verwaltung des Amtes für Jugend, Schule und Sport (neu ab 10/2022: Amt für Jugend, Soziale Dienste und Integration sowie Amt für Schulen, Kinderbetreuung und Jugendförderung) oder ihre/seine Vertretung;
- c) je ein Ratsmitglied oder sachkundige/r Bürger/in, das/ die/ der von den Fraktionen zu benennen sind, die nicht im Jugendhilfeausschuss vertreten sind.
- d) eine Richterin/ ein Richter des Familiengerichtes oder eine Jugendrichterin/ ein Jugendrichter, die/ der von der zuständigen Präsidentin/ dem zuständigen Präsidenten des Landgerichtes Düsseldorf bestellt wird;
- e) eine vertretende Person der Arbeitsverwaltung, die von der Leitung der Agentur für Arbeit Düsseldorf bestellt wird;
- f) eine Vertreterin/ ein Vertreter der Grund-, Haupt- und Förderschulen, die/ der vom Schulamt Mettmann bestellt wird;
- g) eine vertretende Person der übrigen weiterführenden Schulen, die vom Regierungspräsidium Düsseldorf bestellt wird;
- h) eine vertretende Person der Polizei, die vom Landrat/der Landrätin des Kreises Mettmann zu benennen ist;
- i) je eine vertretende Person der evangelischen und der katholischen Kirche, die/ der von der evangelischen bzw. katholischen Kirchengemeinde Hilden bestellt wird;
- j) eine vertretende Person des Gesundheitsamtes Mettmann, die von der Leiterin/ dem Leiter des Gesundheitsamtes Mettmann benannt wird,
- k) eine vertretende Person des Jugendparlamentes, die von der Vorsitzenden/ dem Vorsitzenden des Jugendparlamentes bestellt wird,
- l) eine vertretende Person des Jugendamtselternbeirat Hilden, die/ der von der Vorsitzenden/ dem Vorsitzenden des Jugendamtselternbeirat Hilden zu benennen ist.
- m) eine vertretende Person des Integrationsrates Hilden, die durch den Integrationsrat Hilden gewählt wird.
- n) eine vertretende Kindertagespflegeperson mit Hauptwohnsitz in Hilden, die von einem nach §4a SGB VIII selbstorganisiertem Zusammenschluss mit Rechtwirkung der Kindertagespflegepersonen aus der Mitte aller in Hilden tätigen Kindertagespflegepersonen mit Wohnsitz in Hilden gewählt wird.
- o) eine vertretende Person eines selbstorganisierten Zusammenschlusses zur Selbstvertretung nach § 4a SGB VIII, die durch diesen Zusammenschluss bestimmt worden ist.
- p) eine vertretende Person des Behindertenbeirates mit Wohnsitz in Hilden, die durch den Behindertenbeirat Hilden gewählt wird.

Für die Mitglieder nach Buchstabe c) ist durch die jeweiligen Fraktionen eine persönliche Vertretung zu benennen.

Für Mitglieder nach Buchstaben d) - p) eine Vertretung zu bestellen.

§ 2

Diese 3. Nachtragsatzung zur Satzung für das Amt für Jugend, Schule und Sport (neu ab 10/2022: Amt für Jugend, Soziale Dienste und Integration sowie Amt für Schulen, Kinderbetreuung und Jugendförderung) der Stadt Hilden tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 11x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltung.

Herr Eichner machte deutlich, dass der Verwaltung bewusst sei, wie umfangreich die Sitzungsvorlage sei und wie dramatisch die Platzsituation. Im Bereich Kita-Neubau sind Dezernat III und IV in enger Abstimmung bzgl. der Zeitschiene.

Rm Herr Tristan Zeitter - CDU teilte mit, dass die CDU der Beschlussvorlage zustimmen werde. Erwähnte jedoch auch die Personalplanung in den Einrichtungen und erkundigte sich nach Maßnahmen die Stellen besetzt zu kriegen und der Unterbesetzung entgegenzuwirken.

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner beantwortete die Frage, dass das Personal nach dem regulären Stellenplan eingestellt werde, der sich an den Vorgaben des KiBiz orientiert. Zusätzlich gebe es Springer- und Poolstellen. Letztere werden kostenneutral und stichtagsbezogen z. B. bei Langzeiterkrankungen oder Elternzeitvertretungen eingesetzt.

Schwierigkeiten gebe es bei der Personalplanung, da das Amt II/10 eine andere Sichtweise bei der Stellenbesetzung und -berechnung vertritt als Dezernat III. Hier ist man im Austausch und sucht nach einer Lösung.

Rm Herr Michael Hirsch-Herda vom Jugendamtselternbeirat (JAEB) machte deutlich, dass das Personal im Kita-Bereich „an allen Ecken und Enden“ fehle und erkundigte sich, ob es konkrete Maßnahmen seitens II/10 gäbe.

Frau Stefanie Walder - Stadtverwaltung verneinte dies. Das Thema Personal sei ein ständiger Begleiter und wies daraufhin, dass die Stadtverwaltung die Problematik im Blick hätte und eine Erstellung der Stellenpläne viel Zeit benötigt. Sobald sich Kapazitäten ergeben, werde dies auch in Angriff genommen. Dabei werden unter anderem die saisonale Bewerbungswellen und Personalgewinnung berücksichtigt.

Rm Jörg Koch von der evangelischen Kirche erkundigte sich nach den 250 fehlenden Kita-Plätzen und wie diese reduziert werden könnten.

Frau Stefanie Walder - Stadtverwaltung erklärte, dass man bei den fehlenden Kita-Plätzen zwischen U3 und Ü3 differenzieren müsse. Laut der bisherigen Entwicklung können von den 93 fehlenden Ü3 Plätzen mithilfe der 75 Überbelegungen 20 - 30 Plätze kompensiert werden. Man gehe davon aus, dass letztendlich ca. 65 - 70 Ü3 Kinder keinen Kita-Platz angeboten bekommen könnten. Bei den fehlenden U3 Plätzen seien noch nicht alle Kindertagespflegeplätze berücksichtigt worden, außerdem bestehe auch nicht bei allen interessierten Eltern eine Notwendigkeit.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION stellte folgende Fragen:

1. Was kann die Politik unternehmen, um die „Pattsituation“ zwischen II/10 und 40.1 aufzulösen?
2. Wie sicher ist das Fertigstellungsdatum der Einrichtung am Holterhöpfchen?
3. Es würde von zwei verschiedenen Zahlen bei den fehlenden Kita-Plätzen berichtet. Zum einen 34 und in der Beschlussvorlage werde von 93 fehlenden Plätzen gesprochen, welche Zahl ist zu verwenden?

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner beantwortete zur 1. Frage, dass das Personalbudget ausgeweitet werden muss und unter anderem langfristige Ausfälle in der Stellenplanung mit eingeplant werden. Dies könne nur mit mehr finanziellen Mitteln erreicht werden.

Zur 2. Frage stellte der Beigeordnete klar, dass das Datum nicht sicher sei (siehe andere Bauvorhaben wie u.a. Walderstraße). Jedoch sei die Stadtverwaltung durchaus zuversichtlich die Fertigstellung 2024 zu erreichen.

Frau Stefanie Walder fügte der Antwort zur 1. Frage vom Beigeordneten hinzu, dass auch der Fachkräftemangel die Personalplanung erschwere. Umso wichtiger sei eine offene und flexible Gestaltung der Stellenpläne, um dem Arbeitsmarkt gerecht zu werden.

Rm Herr Michael Hirsch-Herda vom Jugendamtse Elternbeirat betonte nochmal die schlimme Personalsituation und richtete seinen Wunsch an die Politik, diese Maßnahmen probeweise zu ermöglichen.

Frau Krüger-Harms von der AWO wies darauf hin, dass bei der zukünftigen Personalplanung auch die Inklusion berücksichtigt werden müsse

Rm Frau Roth vom Behindertenbeirat fügte dem hinzu, dass ab den 31.12.2026 zwei heilpädagogische Gruppen umgewandelt werden. Sie fragte nach, ob die Stadt eine Idee hat, wie der Wegfall aufzufangen wäre. Vielleicht sollte dabei der LVR einbezogen werden.

Frau Stefanie Walder Stadtverwaltung teilte mit, dass diese Frage bisher nicht zu beantworten sei. Auf heilpädagogische Gruppen zu verzichten, wäre seitens der Elternperspektive nicht gewünscht. Einige Familien bevorzugen die kleinen Gruppen für ihre Kinder. Außerdem sei dies eine Frage, die auf Landesebene beantwortet werden sollte.

Rm Frau Cornelia Geißler - Bündnis 90/Die Grünen reichte einen Ergänzungsantrag zu TOP Ö 3 des Jugendhilfeausschusses ein (Seite 2 in der Anlage) und bat darum diesen schnellstmöglich zur Abstimmung zu geben.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION erkundigte sich erneut nach der Antwort zu seiner 3. Frage.

Herr 1. Beigeordneter Sönke Eichner wies daraufhin, dass die Zahlen noch nicht verbindlich kommuniziert werden könnten.

Rm Herr Ulrich Siedentop - BÜRGERAKTION bat darum, dass bitte eine genauere Festlegung der fehlenden Kita-Plätzen nachgereicht wird.

Das wurde von Herrn Kante - Stadtverwaltung zugesagt.

Rm Frau Cornelia Geißler - Bündnis 90/Die Grünen bat den Begriff „Schulabgänger“ aus der Beschlussvorlage zu definieren.

Frau Stefanie Walder - Stadtverwaltung erklärte, dass es sich um Kinder handelt, die die Kita verlassen, um in die Grundschule zu gehen.

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss der Stadt Hilden nimmt die aktuelle Versorgungssituation für Kinder im Alter von null Jahre bis zum Eintritt der Schulpflicht zur Kenntnis und beschließt die konkrete Planung entsprechend 2.1 der Erläuterungen für das Kindergartenjahr 2023/2024 ff.

Die Verwaltung wird ermächtigt, Veränderungen aufgrund geänderter Bedarfe nach der Beschlussfassung im Rahmen der Mittelanmeldung nach dem KiBiz zu berücksichtigen.

Die Jugendhilfeplanung nach dem KiBiz ist der **Anlage 3** und der **Anlage 4** zu entnehmen.

Der Jugendhilfeausschuss ermächtigt die Verwaltung, abweichende Einzelfallregelungen im Rahmen der örtlichen Jugendhilfeplanung gemäß § 55 Abs. 2 Satz 2 Kinderbildungsgesetz (KiBiz) zu den zweckgebundenen Betreuungsplätzen wie in **Anlage 5** dargestellt zu treffen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 11x Ja, 1x Nein, 0x Enthaltungen

4 Sachstandsmitteilung Soziale Dienste

WP 20-25 SV
51/211

Frau Wibke Paas - Stadtverwaltung ergänzte zur Mitteilungsvorlage, dass die Stadt Hilden die erste Kommune sei, die für die Begleitung von unbegleiteten Minderjährigen eine eigene Stelle geschaffen hat. Außerdem wurde ein kommunenübergreifender Arbeitskreis gegründet. Hier sollen die gemeinsamen Probleme wie fehlende Unterbringungsmöglichkeiten, volle Wohngruppen und die zu erwarteten steigenden Zuweisungen diskutiert werden bzw. nach gemeinsamen Lösungen gesucht werden.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht der Fachstelle „unbegleitete minderjährige Ausländer“ zur Kenntnis.

5 Sachstandsbericht für die Fachdienste im Sachgebiet Soziale Dienste

WP 20-25 SV
51/206

Rm Herr Kohl stellte die Frage, wie viele Jugendliche am letzten so genannten „Sozialen Trainingskurs“ teilgenommen haben.

Antwort der Stadtverwaltung: 6 Jugendliche

Rm Frau Cornelia Geißler - Bündnis 90/Die Grünen erwähnte die 80 Jugendstraftäter in Hilden und fragte die Stadtverwaltung, was man dagegen unternehmen könnte.

Frau Barbara Pahlke - Stadtverwaltung beantwortete die Frage und teilte mit, dass bedarfsgerechte Angebote in Kooperation mit der Jugendförderung zu Prävention entwickelt werden müssen. Frau Pass - Stadtverwaltung ergänzte, dass es in diesem Jahr schon drei Videokonferenzen gab, in denen sich Polizei, Schulen und Stadtverwaltung miteinander ausgetauscht haben. Es gebe eine sehr gute Vernetzung innerhalb der Stadt Hilden, vor allem die herausragende Zusammenarbeit mit der Polizei sei zu erwähnen.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht für den Fachdienst Jugendhilfe im Strafverfahren des Sachgebietes Soziale Dienste zur Kenntnis.

6 Sachstandsmitteilung Fachdienste Frühe Hilfen und Kinderschutz

WP 20-25 SV
51/208

Die Sachstandsmitteilung bezog sich nur auf den Fachdienst Kinderschutz. Am 13.06.2023 werde es einen Fachtag zum Thema „Kinderschutz“ geben, hierfür wird auch der Jugendhilfeausschuss eingeladen.

Rm Herr Christian Schimang - CDU bedankte sich für die gute Arbeit und die Erfüllung der Landesvorgaben, sowie der Einladung zum Fachtag. Falls weitere finanzielle Mittel für die Umsetzung benötigt werden, wünsche die CDU einen genauen Aufschluss darüber, wie diese Mittel eingesetzt werden.

Rm Herr Ulrich Siedentop BÜRGERAKTION erkundigte sich über den Stand der Unterbringung der obdachlosen Jugendlichen.

Die Stadtverwaltung berichtete von mehreren noch nicht konkreten Lösungsvorschlägen (Bspw. Wohnungsbeschaffung, Wohngruppen und Wohnungsvermittlung)

Der Jugendhilfeausschuss nahm Kenntnis von den Ausführungen der Verwaltung.

7 Sachstandsbericht Stellwerk

WP 20-25 SV
51/209

Rm Herr Tristan Zeitter - CDU stellte zwei Fragen:

1. Wurden die Änderungen im Bereich Stellwerk an die Öffentlichkeit kommuniziert?
2. Wie ist das Stellwerk derzeit personell aufgestellt?

Die Stadtverwaltung antwortete zu Frage 1, dass mit der neuen Besetzung der Sachgebietsleitung im Stellwerk auch die Änderungen veröffentlicht würden. Dieses sei für Mitte Mai geplant. Derzeit sind im Stellwerk 12 Personen tätig.

Der Jugendhilfeausschuss nahm den Sachstandsbericht Stellwerk zur Kenntnis.

8 Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

Siehe Niederschrift unter TOP Ö3 (Ergänzungsantrag Bündnis 90/Die Grünen zu TOP Ö3)

9 Mitteilungen und Beantwortungen von Anfragen

Frau Stefanie Walder Stadtverwaltung berichtete über eine herausragende Zusammenarbeit mit Herrn Hirsch-Herda. Dank ihm konnte ein umfangreiches Projekt „Sonne, Mond und Sterne“ bestehend aus 4 Bausteinen (Beutel mit Utensilien für Experimente, ein Ausflug in die Sternwarte, ein Teleskop, weiterführendes Material) im Kita Bereich umgesetzt werden.

Ende der Sitzung: 18:19 Uhr

Annegret Gronemeyer / 24.07.2023
Stellv. Vorsitzende

Catharina Giesler / Datum
Schriftführer/in

Gesehen:

Dr. Claus Pommer / 07.06.2023
Bürgermeister

Sönke Eichner / 02.06.2023
Beigeordneter